

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16
60329 Frankfurt am Main
☎ +49 69 2577 1538
✉ europa@region-frankfurt.de
www.europabuero-frm.de

11.05.2022

INHALTSVERZEICHNIS



Aktuelles aus der EU	2
Europatag: Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas präsentiert	2
Kommunale Belange und regionale Entwicklung	2
Kohäsionspolitik: Partnerschaftsvereinbarung mit Deutschland genehmigt	2
Europäisches Bauhaus: Aufruf zu lokalen Beteiligungsprojekten	3
AMIF: Projekte für Geflüchtete aus der Ukraine förderfähig	3
Ukraine: Europäische Kommission genehmigt Beihilfen in Deutschland	4
Energie, Klima und Umwelt	5
EU-Städtemission: Frankfurt als Teilnehmerstadt ausgewählt	5
Umweltschutz: 8. EU-Umweltaktionsprogramm beschlossen	5
Veranstaltung: EU Green Week 2022	6
Verkehr und Mobilität	6
Veranstaltung: Parlamentarisches Frühstück zu EU-Mobilitätspolitik	6
Wirtschaft, Forschung und Innovation	7
EU-Partnerschaft für Wasserstoff: Förderaufrufe geöffnet	7
Folgen Sie uns auf Twitter	8

Aktuelles aus der EU

Europatag: Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas präsentiert

Mit dem [Europatag](#) 2022 fand die Konferenz zur Zukunft Europas am 9. Mai ihren offiziellen Schlusspunkt (vgl. [Europa Info 03/2021](#), S. 2 und [Europa Info 04/2021](#), S. 2). Nach einjähriger Beratungszeit wurden in einer feierlichen Schlussitzung in Straßburg die [Ergebnisse](#) dieses Beteiligungsprozesses offiziell an das Europäische Parlament (EP), den Europäischen Rat und die Europäische Kommission übergeben.

In verschiedenen physischen und digitalen Diskussionsformaten hatten Vertreter der diversen politischen Institutionen des europäischen Mehrebenensystems und aus der europäischen Bürgerschaft 49 [Vorschläge](#) zur Zukunft Europas mit über 300 Einzelmaßnahmen ausgearbeitet. Die Empfehlungen beziehen sich auf die inhaltlichen Schwerpunkte und Ziele der künftigen europäischen Zusammenarbeit in neun Themenbereichen (bspw. zu Klima- und Umweltschutz, Wohlstand und sozialer Sicherheit, Digitalisierung, Rechtsstaatlichkeit oder der internationalen Rolle der EU), aber auch auf institutionelle Reformen der Europäischen Union.

Manche dieser Aspekte griff ein [Vorschlag](#) des EP vom 3. Mai 2022 zur Schaffung eines einheitlichen EU-Wahlrechtes bereits auf. Der Beschluss für diese parlamentarische Initiative nach Art. 223 AEUV schlägt dem Europäischen Rat vor, das nächste EP 2024 in allen EU-Staaten am gleichen Tag (9. Mai) durch alle EU-Bürger über 18 Jahre mit verpflichtend geschlechtsalternierenden Wahllisten unter einer einheitlichen Sperrklausel wählen zu lassen. Hierbei sollen erstmals 28 zusätzliche Europaabgeordnete über eine transnationale Liste gewählt werden, die jeweils von einem europaweiten Spitzenkandidaten der Parteilisten für das Amt des Kommissionspräsidenten angeführt werden würden.

Welche konkreten Auswirkungen sowohl dieser Beschluss des EP als auch die Empfehlung der Konferenz zur Zukunft Europas letztlich entfalten werden, hängt nun faktisch und maßgeblich von der entsprechenden Bereitschaft der Mitgliedstaaten im Rat ab. Mit Blick auf die Ergebnisse der Zukunftskonferenz konnte bereits vor dem Startschuss des Beteiligungsverfahrens nur ein sehr vager Kompromiss zwischen den EU-Institutionen erzielt werden, entsprechende Vorschläge „weiterverfolgen“ zu wollen.

Kommunale Belange und regionale Entwicklung

Kohäsionspolitik: Partnerschaftsvereinbarung mit Deutschland genehmigt

Die Europäische Kommission hat am 19. April 2022 die [Partnerschaftsvereinbarung mit Deutschland](#) genehmigt. In ihr wird eine Investitionsstrategie festgelegt, die den Rahmen für die Verwendung von mehr als 20 Mrd. Euro an Kohäsionsmitteln in Deutschland für den Zeitraum 2021 bis 2027 bildet.



Die Partnerschaftsvereinbarung betrifft:

- ★ den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE),
- ★ den [Europäischen Sozialfonds Plus](#) (ESF+),
- ★ den [Fonds für einen gerechten Übergang](#) (JTF, hauptsächlich für ehemalige Kohleregionen) sowie
- ★ den [Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds](#) (EMFAF).

Der EFRE und Teile des [ESF+](#) werden von den Bundesländern verwaltet. Weitere Teile des [ESF+](#) sowie den EMFAF verwaltet die Bundesebene.

Schwerpunkte der neuen Förderperiode werden beim EFRE in Hessen u. a. Technologie- und Innovationsförderung, Forschung und Entwicklung, KMU-Förderung, Steigerung der Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Kreislaufwirtschaft und Mobilität sein. Ein entsprechendes [Operationelles Programm](#) befindet sich derzeit in Abstimmung mit der Europäischen Kommission. Die Genehmigung wird für den Sommer 2022 erwartet. Bevor Fördermittel aus der neuen Förderperiode verausgabt werden können, müssen noch die Förderleitlinien finalisiert und angenommen werden.

Das Europabüro hatte sich als Mitglied des Begleitausschusses EFRE in Hessen u. a. mit [Stellungnahmen](#) an der Diskussion zum Operationellen Programm beteiligt.

Europäisches Bauhaus: Aufruf zu lokalen Beteiligungsprojekten

In Verbindung mit der Initiative Neues Europäisches Bauhaus sind drei Förderaufrufe für kleinere Projekte zur Beteiligung bei der Gestaltung öffentlicher Räume und Gebäude geöffnet (vgl. [Europa Info 8/2021](#), S. 5).

Dabei handelt es sich um zwei Aufrufe des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT) für a) [Beteiligungsprojekte zur gemeinsamen Erarbeitung nachhaltiger Lösungen](#) sowie für b) [Beteiligungsprojekte zur Gestaltung öffentlicher Räume](#) im Zusammenhang mit den Zielen der Initiative Neues Europäisches Bauhaus.

Pro Projekt kann ein Zuschuss von bis zu 15.000 bzw. bis zu 45.000 Euro gewährt werden. Bewerbungsschluss ist der **29. Mai 2022**. Während bei dem ersten Programm Einzelbewerbungen möglich sind, richtet sich das zweite Programm an Projektkonsortien aus mindestens zwei und höchstens vier Partnern. Antragsprache ist Englisch.

Des Weiteren hat die Europäische Kommission einen Aufruf für die [Förderung von Beratungsleistungen und technischer Hilfe bei lokalen Projekten](#) für das Neue Europäische Bauhaus veröffentlicht. Die Ausschreibung richtet sich insbesondere an kleinere und mittlere Kommunen mit weniger als 100.000 Einwohnern. Konkrete Projektvorschläge müssen bei einer Antragstellung vorhanden sein. Bewerbungsfrist ist der **30. Mai 2022** (14 Uhr MEZ), Antragsprache ist Englisch.

AMIF: Projekte für Geflüchtete aus der Ukraine förderfähig

Im Rahmen des europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds ([AMIF](#)) können nun auch Projekte zugunsten von Geflüchteten aus der Ukraine gefördert werden.



Unterstützt werden Maßnahmen öffentlicher und privater Träger, insbesondere zur Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten. Gefördert werden daneben u. a. auch Serviceleistungen (z. B. Beratung, Informationsangebote, Übersetzungsleistungen), Betreuungsleistungen (bei der Erstaufnahme und darüber hinaus) sowie Projekte zur Stärkung des Ehrenamtes. Auf kommunaler Ebene kann die Unterstützung auch Maßnahmen zur Stärkung der Organisationsstruktur von Verwaltungen umfassen. Details zu förderfähigen Projekten finden sich in einem [Förderatlas](#).

Sobald die Genehmigung des Nationalen Programms vorliegt, soll der Förderaufruf veröffentlicht werden. Nach Angaben des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat (BMI) werde dies noch im Mai erfolgen. Unabhängig davon ermutigt das BMI Interessenten, zeitnah mit Projekten zu starten – im Rahmen eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns sollen auch Projekte berücksichtigt werden, die bei der Veröffentlichung des Calls bereits gestartet sind. Für Rückfragen steht das zuständige [AMIF-Bewilligungszentrum](#) zur Verfügung.

Hintergrund:

Die Bundesregierung hatte sich auf europäischer Ebene dafür eingesetzt, dass die zur Verfügung stehenden Mittel aus dem AMIF 2021-2027 auch zur Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine eingesetzt werden können.

Ukraine: Europäische Kommission genehmigt Beihilfen in Deutschland

Die Europäische Kommission genehmigte am 4. Mai 2022 eine Rahmenregelung, die es Deutschland beihilferechtlich ermöglicht, Unternehmen aller Wirtschaftszweige (außer Kredit- und Finanzinstitute) vor dem Hintergrund der Invasion der Ukraine durch Russland zu unterstützen.

Die Rahmenregelung gilt zunächst befristet bis Ende 2022 und umfasst ein Volumen von rund 11 Mrd. Euro. Die Hilfen können in Form von Krediten, staatlichen Garantien oder Zuschüssen an Unternehmen gezahlt werden.

So sollen Unternehmen aller Größenklassen durch ein [KfW-Kreditprogramm](#) Zugang zu zinsgünstigen, haftungsfreigestellten Krediten erlangen können. Das Programmbudget beträgt ca. 7 Mrd. Euro. Zudem sollen einzelne, bereits während der Corona-Pandemie eingeführte Erweiterungen bei den Bund-Länder-Bürgschaftsprogrammen für vom Ukraine-Krieg nachweislich betroffene Unternehmen fortgesetzt werden.

Weitere geplante Maßnahmen sind

- ★ ein befristeter und eng umgrenzter Kostenzuschuss zur temporären Dämpfung des Erdgas- und Strompreisanstiegs für besonders betroffene Unternehmen,
- ★ ein Finanzierungsprogramm für durch hohe Sicherheitsleistungen (Margining) gefährdete Unternehmen sowie
- ★ zielgerichtete Eigen- und Hybridkapitalhilfen.

Weitere Informationen finden sich auf den Seiten des [Bundesfinanzministeriums](#).

Hintergrund:

Die deutsche Rahmenregelung wurde auf der Grundlage des [Befristeten Krisenrahmens für staatliche Beihilfen](#) vom 23. März 2022 erlassen, in dem die Kommission mit Blick auf Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe b



des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) anerkennt, dass das Wirtschaftsleben der gesamten EU beträchtlich gestört ist.

Energie, Klima und Umwelt

EU-Städtemission: Frankfurt als Teilnehmerstadt ausgewählt

Am 28. April 2022 gab die EU-Kommission ihre [Auswahl](#) der Teilnehmer an der Horizont Europa-Mission zu [klimaneutralen und intelligenten Städten](#) bekannt (vgl. [Europa Info 10/2021](#), S. 9). Unter den 100 Städten, die sich mit europäischer Unterstützung auf den Weg zur Klimaneutralität bis 2030 machen werden, befindet sich auch die Stadt Frankfurt am Main.

Unter 362 zugelassenen Bewerbungen wurden insgesamt neun Städte aus Deutschland ausgewählt – allesamt Großstädte. Aus der Metropolregion [bewarben](#) sich neben Frankfurt fünf weitere Kommunen. Bereits frühzeitig hatte sich das Europabüro in Brüssel über das Forschungs- und Innovationsnetzwerk [ERRIN](#) an der Gestaltung dieser Mission beteiligt und alle antragsberechtigten Städte aus der Metropolregion umfassend informiert (vgl. [Faktenblatt](#)).

Für Frankfurt beginnt nun die Ausarbeitung eines „Climate City Contract“, mit dem wesentliche Maßnahmen auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt festgelegt und entsprechende Finanzierungsfragen geklärt werden sollen. Anschließend geht es ab 2023 in die Umsetzungsphase. Hierzu bietet u. a. eine europäische Missionsplattform inhaltliche, spezifische Förderaufrufe im Horizont Europa-Programm finanzielle Unterstützung (vgl. [Europa Info 01/2022](#), S. 7). Insgesamt stehen für die gesamte Städtemission in den ersten Anschubjahren bis 2024 etwa 360 Mio. Euro zur Verfügung.

Umweltschutz: 8. EU-Umweltaktionsprogramm beschlossen

Mit der finalen [Zustimmung](#) des Rates der Europäischen Union am 29. März 2022 ist das 8. Umweltaktionsprogramm (UAP) der Europäischen Union beschlossen (vgl. [Europa Info 09/2020](#); S. 5). Das [Dokument](#) fungiert als strategischer Rahmen für den europäischen Umweltschutz bis 2030.

Neben der Bekräftigung, den ökologischen Fußabtritt der europäischen Gesellschaften reduzieren zu wollen, sollen künftig insbesondere umweltschädliche Subventionen abgebaut werden. 2024 wird die EU-Kommission den Fortschritt auf diesem Weg überprüfen und ggf. Anpassungsempfehlungen vorlegen.

Die grundsätzlichen Prioritäten des UAP (Reduzierung der Treibhausgasemissionen, Anpassung an den Klimawandel, ein umweltfreundlicheres Wachstumsmodell, Nullverschmutzung in Luft, Wasser und Böden, Wiederherstellung der Biodiversität sowie Reduzierung der Umweltschäden durch Produktion und Konsum) sind faktisch deckungsgleich mit den Prioritäten des EU Green Deals (vgl. [Europa Info 10/2019](#), S. 2)



Veranstaltung: EU Green Week 2022

Die [Europäische Grüne Woche 2022](#) findet als hybride Veranstaltung mit einer Kernkonferenz in Brüssel und der Möglichkeit zur digitalen Teilnahme zwischen dem 30. Mai und dem 5. Juni 2022 statt.

Fachleute und politische Vertreter [diskutieren](#) dabei aktuelle Fragestellungen des europäischen Umweltschutzes – in diesem Jahr v. a. zu Aspekten der Kreislaufwirtschaft, Nullverschmutzung und Biodiversität. Die kostenfreie [Anmeldung](#) (bis 19. Mai 2022) erfolgt online, Arbeitssprache ist Englisch.

Verkehr und Mobilität

Veranstaltung: Parlamentarisches Frühstück zu EU-Mobilitätspolitik

Am 26. April 2022 lud das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain gemeinsam mit dem Europabüro des Verbands Region Stuttgart zu einem parlamentarischen Frühstück in die Räumlichkeiten des Europäischen Parlamentes (EP) in Brüssel ein, um über die Zukunft der EU-Mobilitätspolitik in Metropolräumen zu diskutieren. Dabei standen vor allem der neue EU-Rahmen für den Stadtverkehr (englisch kurz UMF) und der Vorschlag für eine Neufassung der Verordnung über das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) im Zentrum (vgl. [Europa Info 10/2021](#), S. 6 und [Faktenblatt](#)).

Die Metropolregionen FrankfurtRheinMain und Stuttgart warben für eine bessere Verankerung der Handlungsebenen des funktionalen Raums in der TEN-V- Verordnung, um in einem ganzheitlichen Ansatz die Stadt-Land-Verbindung ebenso wie eine wirksame Verzahnung von Mobilitätsplanung, Flächennutzungsplanung und Regionalentwicklung sicherstellen zu können. Dies sei insbesondere mit Blick auf die im neuen EU-Rahmen vorgesehene Stärkung und Weiterentwicklung der „Sustainable Urban Mobility Plans“ (SUMP) sowie der geplanten Kommissionsempfehlung für ein nationales SUMP-Unterstützungsregime von besonderer Bedeutung. Außerdem begrüßten die Sprecher beider Regionen die Priorität auf städtische Knoten im zukünftigen TEN-V, sprachen sich aber für eine fairere Balance zwischen Anforderungen und Privilegien für die städtischen Knoten in der Verordnung aus. Die vorgeschlagenen neuen Aufgaben müssten mit konkreteren Fördermöglichkeiten unterlegt werden.

Unter der Schirmherrschaft des EP-Vizepräsidenten Rainer Wieland hatte zuvor Torsten Klimke von der Generaldirektion Mobilität der EU-Kommission die Ziele und Maßnahmen des UMF erläutert. Anschließend gab der stellvertretende Vorsitzende des Verkehrsausschusses im EP, Jan-Christoph Oetjen, einen Einblick in die Diskussionen zur Überarbeitung der TEN-V Verordnung. MdEP Ismail Ertug umriss als Berichterstatter für die Verordnung über eine Infrastruktur für alternative Kraftstoffe seine Vorschläge, um die Anzahl bspw. an Wasserstofftankstellen und E-Ladesäulen in Europa zu erhöhen.

In der anschließenden Diskussion mit etwa 30 Vertretern regionaler und kommunaler Interessen sowie einschlägiger Verbände standen dann Fragen des Stadt-Land-Zusammenhangs, der Subsidiarität und der Digitalisierung im Fokus.

Ein ausführlicherer Bericht findet sich [online](#).



Wirtschaft, Forschung und Innovation

EU-Partnerschaft für Wasserstoff: Förderaufrufe geöffnet

Unter dem Dach des EU-Forschungs- und Innovationsprogramms [Horizont Europa](#) sind im Rahmen der [Europäischen Partnerschaft für sauberen Wasserstoff](#) verschiedene wasserstoffbezogene [Förderaufrufe](#) geöffnet.

Zu 41 verschiedenen Schwerpunktthemen (bspw. Erzeugung grünen Wasserstoffs, Wasserstoffspeicherung, Wasserstoff im Verkehrssektor oder „Hydrogen Valleys“) werden zu zwei Fristen am **31. Mai 2022** und am **20. September 2022** innovative Projektvorschläge gesucht. Darin sind neben den überwiegend forschungsorientierten Vorhaben (RIA) auch Ausschreibungen für innovative Demonstrationsprojekte (IA) enthalten.

Insgesamt steht für die Förderaufrufe ein Budget von etwa 300 Mio. Euro zur Verfügung, die Förderquote beträgt üblicherweise 100 %. Es können sich transnationale Konsortien mit Partnern aus mindestens drei verschiedenen europäischen Staaten bewerben.

Weiterführende Informationen sind [online](#) verfügbar. Für Fragen zu diesen Förderaufrufen und dem Bewerbungsprozess ist außerdem eine Kontaktadresse eingerichtet: projects@clean-hydrogen.europa.eu.



Folgen Sie uns auf Twitter

Wir sind auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie zusammen mit **bereits über 750 Followern** ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](#) suchen und auf „Folgen“ klicken. Der Twitter-Newsfeed ist auch auf unserer [Homepage](#) eingebettet.



Profil bearbeiten

FrankfurtRheinMain

@RegionFrankfurt

European Office of the Metropolitan Region FrankfurtRheinMain (Brussels) linking one of Europe's most dynamic + innovative regions with EU institutions/policies

📍 Brüssel, Belgien 🌐 [europabuero-frm.de](#) 📅 Seit Oktober 2011 bei Twitter

400 Folge ich 674 Follower



[@RegionFrankfurt](#)



FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 2 Std.

Wir freuen uns, dass mit Ingelheim am Rhein eine Kommune der Metropolregion #FrankfurtRheinMain für ihr Engagement in Sachen #Inklusion und #Vielfalt von der EU-Kommission ausgezeichnet wurde. Herzlichen Glückwunsch! [ec.europa.eu/commission/pre...](#) #DiversityCapital @Ingelheim

🏛️ **Europäische Kommission - Vertretung in D...** @EUi... · 29. Apr.

Die 🇪🇺-Kommission hat gestern die Gewinner der EU #DiversityCapitals Awards bekanntgegeben.

🇩🇪 Köln: 1. Preis 🏆 - „Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohnern“
🇩🇪 Ingelheim am Rhein: 2. Platz 🏆 - „Kommunen mit weniger als 50.000 Einwohnern“

[europa.eu/!BQqm7](#)

🗨️ 🔄 ❤️ 1 📤 📄